



Themen in dieser Ausgabe:

- Hartz IV ...!
- Sozialdumping ...!
- Rente ...!
- Privatkassen ...!
- Substanz ...!
- Ostermarsch...!
- Montagsdemo aktuell ...!

IN DIESER AUSGABE:

| | |
|--|---|
| Hartz IV – Falsche Fragen, falsche Antworten | 2 |
| Sozialdumping als Rezept | 2 |
| Zur Beseitigung der auskömmlichen Rente in Deutschland | 2 |
| Rösler hilft Privatkassen | 3 |
| Deutschland lebt von der Substanz | 3 |
| Gelungener Ostermarsch 2011 in Müllheim | 3 |
| Rheinfelder Montagsdemo 2011 | 4 |

Immer mehr Bußgeld-Terror gegen Hartz IV-Betroffene

Die Arbeitsagenturen brüsten sich damit, dass sie massiv gegen angeblich „unkooperative Bezieher von Hartz IV-Hilfen“ vorgehen. Die Behörden haben im vergangenen Jahr laut Mitteilung der Bundesagentur 828.708 Sanktionen ausgesprochen, so viel wie noch nie zuvor. Das waren rund 14 Prozent mehr als 2009.

BA-Vorstandsmitglied Heinrich Alt sagte der „Berliner Zeitung“, dass die Verfahren zur Überprüfung der Hartz IV-Betroffenen ständig optimiert würden und 700 Mitarbeiter ausschließlich mit derartigen Überprüfungen beschäftigt seien.



Mit den Sanktionen, die zwischen 10 und 30 Prozent der „Regelleistung“ betragen, werden die Betroffenen unter das Existenzminimum gedrückt. Es können auch mehrere Sanktionen gemeinsam ausgesprochen oder der Regelsatz vollständig gestrichen werden. Eine Ankündigung oder Androhung einer Leistungskürzung ist nach den letzten Änderungen des Sozialgesetzbuch (SGB II) nicht

mehr erforderlich. Mehr als die Hälfte der Sanktionen (498.504) wurden wegen „Meldeversäumnissen“ ausgesprochen. Dabei wird oft keine Rücksicht genommen, welche Gründe zu den Versäumnissen führten. Es kommt gar nicht so selten vor, dass die Termine willkürlich so gelegt werden, dass es kaum möglich ist, sie einzuhalten.

Ein Kollege der Oberhausener Arbeitslosenhilfe dazu: „Da werden Mütter innerhalb zweier Tage zu Seminaren geschickt, ohne die Kinderbetreuung zu organisieren oder Termine für den nächsten Tag gemacht zu haben und so die Betroffenen praktisch gezwungen werden, dem Briefträger aufzulauern, um überhaupt die Chance zu erhalten, pünktlich zu erscheinen.“ Zugleich wurden die „Zumutbarkeitskriterien“ verschärft. Prinzipiell gilt jede legale Arbeit als zumutbar, auch wenn sie deutlich unter Tarif bezahlt wird. In 102.631 Fällen sind Sanktionen ausgesprochen worden, weil sich die Betroffenen geweigert haben, eine für sie unzumutbare Arbeit, eine Ausbildung oder einen Ein-Euro-Job anzunehmen.

Zirka 142.000 Strafen wurden wegen „Verletzung der Pflichten

aus der Eingliederungsvereinbarung“ verhängt. Dies betraf etwa Hartz-IV-Betroffene, die keine Bewerbungen geschrieben haben, obwohl sie sich schriftlich dazu verpflichtet hatten. „Uns sind Fälle bekannt, da sollten die Leute jede Woche 5 oder mehr Bewerbungen vorlegen, die sie abgeschickt haben. Wohin soll ich mich denn noch bewerben, wenn ich das schon 50 mal oder öfters gemacht habe? Die Menschen werden regelrecht zermürbt und dann noch finanziell bestraft“, so der Kollege aus Oberhausen. Auch ein „schlechtes Verhalten“ kann von den Jobcentern sanktioniert werden, was der Willkür der jeweiligen Jobagentur unterliegt. Letztes Jahr wurden auch 226.269 Straf- und Bußgeldverfahren wegen Sanktionsverstößen ausgesprochen.

Quelle: rf-news.de



Hartz IV – Falsche Fragen, falsche Antworten

(gefunden auf nachdenkseiten.de)
Die Politik streitet viel über Hartz IV – zuletzt über das Bildungspaket für Kinder aus armen Familien. Das Milliarden-system hat längst versagt. Es ist zum Synonym einer Gesellschaftsordnung geworden, die Millionen Menschen signalisiert: Wir brauchen euch nicht! Wenn wir über Arbeitslosigkeit und Armut reden, geht es oft um Zahlen, große Zahlen. 50 Milliarden Euro kostet uns die Hilfe für Hartz-IV-Empfänger pro Jahr. Knapp sieben Millionen Menschen erhalten Gelder aus dem Hartz-IV-Paket, damit sie sich das leisten können, was die Statistiker des Arbeitsministeriums für ein menschenwürdiges Leben halten. Tatsächlich landet von den 50 Milliarden nicht einmal die Hälfte bei Arbeitslosen, Arbeits-unfähigen und Kindern aus armen Familien. Schließlich muss der riesige Hartz-IV-Verwaltungsapparat finanziert werden oder das halbmafiose System der privaten Arbeitsvermitt-

lung. Auch erhalten knapp ein Drittel der erwachsenen Hartz-IV-Bezieher ihr Geld als Gehaltsaufstockung, weil ihre Chefs Stundenlöhne zahlen dürfen, für die man bei McDonald's nicht mal einen Cappuccino bekommt. Das System Hartz IV, zu dem solche Zumutungslöhne ebenso gehören wie die Mehr-als-ein-Euro-seid-ihr-sowieso-nicht-wert-Jobs und das in Bastel-, Sinnsuchekursen oder Schreibtherapien als Wiedereingliederungshilfen seinen wirkungslosen Ausdruck findet, ist zum Synonym einer Gesellschaftsordnung geworden, die Millionen Menschen signalisiert: Wir brauchen euch nicht! Die Frage, ob wir uns das eigentlich leisten können, ist dabei völlig falsch gestellt. Denn wenn wir es uns leisten können, auf die 100 Milliarden Euro zu verzichten, die jährlich in Deutschland an Steuern hinterzogen werden, sollten uns die 24 Milliarden, die an Hartz-IV-Empfänger und ihre Kinder gehen, nicht stören. Die Frage ist eher, ob wir es uns erlauben

können, das Potential dieser vielen Menschen weiter zu verschenken.
Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung unseres Lesers M.A.:
Dieser Artikel zeigt deutlich auf, dass es der Elite dieses Landes nicht an irgendeiner Ressource (etwa Geld) mangelt, sondern am politischen Willen, gesellschaftliche Missstände auf Kosten von Profiten zu beheben. Die Energie, die zur Verschleierung dieser Tatsache eingesetzt wird, bestätigt dies eindrucksvoll!

Anmerkung WL:
Würde die Spiegel-Redaktion ihren Gastautor Fred Grimm doch ernst nehmen.



Sozialdumping als Rezept

Ursula Engelen-Kefer:
Bei Einführung des Euro vor mehr als 10 Jahren war klar: Eine Währungsunion ohne Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist in höchstem Maße riskant. Die weltweite Finanzkrise hat dies mit brutaler Deutlichkeit zutage gefördert. Die Menschen in

den überschuldeten Euro-ländern Griechenland, Irland, Portugal und Spanien werden mit Brachialgewalt in eine perspektivlose Sparhysterie getrieben. Der jetzt von der Gipfelkonferenz der Europäischen Union beschlossene "Euro-Plus-Pakt" ist eine Pervertierung seiner Zielsetzung: Gerettet

wird nicht der Euro, sondern die Finanzindustrie – auf Kosten der Steuerzahler. Dies verschärft die Spaltung der Gesellschaft in den 17 Euroländern und gefährdet die Integration der inzwischen 27 EU-Mitglieds-länder insgesamt.
Quelle: taz



Zur Beseitigung der auskömmlichen Rente in Deutschland

Jeder zweite geht mit Abschlagen in Rente.
Immer mehr Über-60-Jährige müssen die Zeit bis zur Rente mit prekärer Lohnarbeit, Arbeitslosigkeit und im offenen Hartz IV-Vollzug überbrücken. Das hat deutliche Auswirkungen auf die Höhe der Altersversorgung: Gegenwärtig

geht die Hälfte der Altersrentnerinnen und Altersrentner vorzeitig und mit Abschlagen in den Ruhestand. Lediglich Männer, die aus einer stabilen Beschäftigung in Rente gehen, schaffen es mehrheitlich, ohne Abschlagen durchzukommen - und viele von ihnen haben die Alterszeit in Anspruch genom-

men. In anderen Gruppen - Frauen und Männer in gelegentlicher oder längerer Arbeitslosigkeit - müssen 60 bis 80 Prozent der Neurentner Abschlagen bzw. Renten Kürzungen hinnehmen.
Quelle: scharf-links.de

Rösler hilft Privatkassen

Durch die Hintertür will die Koalition die Wahl- tarife in der gesetz- lichen Krankenversi- cherung kassieren. Damit würden Gutver- diener, die Ersatzkas- sen über die Zusatzta- rife an sich binden konnten, in die privaten Kassen getrieben. Wahltarife sind für die gesetzlichen Kassen wichtig, weil sie so Versicherte an sich binden können ...

Um die Kalkulation dieser Tarife durch die Aufsichts- behörden geht es nun in einem Briefwechsel zwischen dem von Philipp Rösler (FDP) geführten Gesundheitsministerium und dem Bundesversiche- rungsamt, der der Frankfur- ter Rundschau vorliegt. Darin wird festgehalten, dass die Wahltarife künftig nur noch genehmigt werden können, wenn sie sich selbst finanzieren. Der so- genannte Halteeffekt, also

die Mitgliederbeiträge der Versicherten, die vom Wechsel in eine Privatkasse abgehalten wurden, darf nicht mehr eingerechnet werden. Die Folge: „Der Großteil der Wahltarife müsste eingestellt wer- den“, heißt es in Kas- senkreisen. Offenbar werde versucht, zum Wohle der Privatver- sicherung gesetzliche Regelungen auf dem Ver- waltungswege zu unterlau- fen.



Die Bürgerversicherung

Solidarisch, gerecht und leistungsfähig.

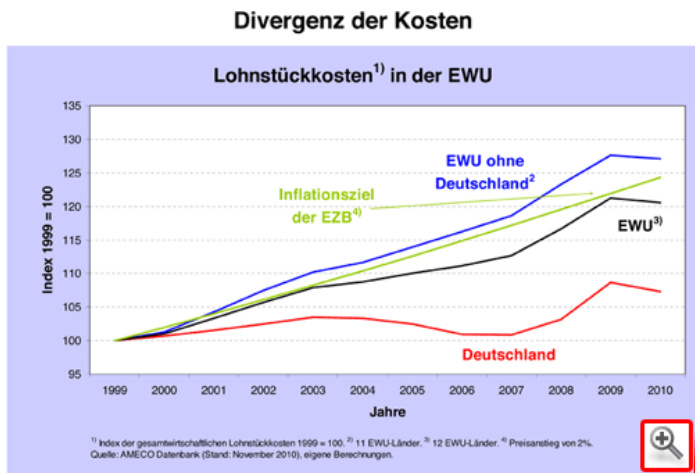
Deutschland lebt von der Substanz

Europas weitaus größte Wirtschaftsmacht, die durchsetzen möchte, dass alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union dem deutschen Beispiel folgen und über Lohnsenkungen und Sozialabbau wieder wettbewerbsfähig werden, verspielt auf einem der wichtigsten Felder, nämlich der Bildung und Qualifizierung der nachrückenden Generation seine Zukunftsfähigkeit. Das belegt nicht nur der neue Bildungsbericht der EU-Kommission, das beweist auch das Scheitern der groß angekündigten „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“. Wolfgang Lieb

Deutschlands oberstes Ziel ist seit Jahren der Erhalt seiner Wettbewerbsfähig- keit, darauf zielt die gesamt- e Wirtschafts- und Sozial- (abbau)politikpolitik ab. Exporte und Leistungsbilan-

überschüsse tragen auch den Löwenanteil beim wirt- schaftlichen Wachstum. Deutschland ist Export- Vize-Weltmeister und über 60 Prozent der deutschen Gesamtexporte gehen in EU-Länder. Deutschland hat aber die europäischen Partnerländer vor allem dadurch nieder- konkurriert, dass es auf Lohn- und Steuerdumping setzte.

Deutschland lebt jedoch von der Substanz, durch Aus- beutung seiner Arbeitskräfte (Lohnstagnation, Ausdeh- nung des Niedriglohnssek- tors, prekäre Arbeitsverhält- nisse) und dem Abbau von Arbeitsrechtsstandards so- wie der Zerstörung der sozi- alen Sicherungssysteme. Bei einem der wichtigsten „Produktionsfaktoren“ für die Zukunft allerdings, der Bildung von sog. „Humankapital“, hinkt unser Land, das sich doch so ger-



ne als Vorbild anbieten will, gegenüber vielen seiner europäischen Partnern in den meisten Vergleichsparametern hinterher. Da scheint man wohl – wie die De- batte um den Facharbei- termangel zeigt – auf die Strategie zu setzen, qualifiziertes Personal zu importieren, um das Leistungsbilanzdefizit bei Bildung und Qualifikation ausgleichen zu können.

Quelle: nachdenkseiten.de



Gelungener Ostermarsch 2011 in Müllheim

Wenn sich fast 400 Menschen am Ostermontag im äußersten Süd- westen Deutschlands vor der Kaserne der Deutsch Französi- schen Brigade in Müllheim ver- sammeln, dann ist Ostermarsch. Für eine Welt, die von Kriegen nichts mehr hält. Bei sommer- lichem Wetter sorgte die Gruppe "Stolz von Baden" mit eigenen Liedern für eine gute Einstim- mung zur Demonstration durch Müllheim. Der Sprecher des Friedensrates Markgräferland,

Ulrich Rodewald, ging in seiner Rede auf die Rolle der Deutsch - Französische Brigade in einer Politik ein, die mehr und mehr auf die kriegerische Lösung von Konflikten setzt, als auf zivile Lösungen. Er begrüßte, dass sich Deutsch- land nicht am Krieg um Libyen beteiligt und forderte die Regieren- den auf, dies zu einem Dauerzu- stand deutscher Politik zu machen. Rodewald forderte unter dem Beifall der Kundgebungsteilnehmer

Soldatinnen und Soldaten der Briga- de auf, sich einem Einsatz in Afgha- nistan zu widersetzen und sich zu einer Menschlichkeit zu bekennen, die jeder fühlen kann. Fröhlich, bunt und mit Musik setzte sich dann der Zug zum Ostermarsch durch Müllheim in Bewegung. Auf dem Marktplatz setzte sich Wolf Roskamp vom DGB Müll- heim/Neuenburg kritisch mit der Politik der gegenwärtigen Bundesre- gierung auseinander und forderte ein entschiedenes Umlenken zu mehr sozialer Gerechtigkeit.



Dia - Show auf unserer Webseite

V.i.s.d.P. :
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisa.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de

www.montagsdemo-rheinfelden.de

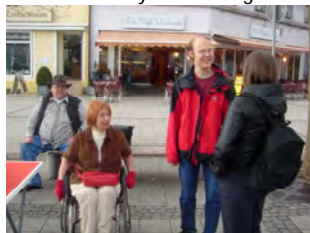


Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !

Rheinfelder Montagsdemo aktuell

Wie wichtig unser Auftrag ist, gegen Hartz IV zu kämpfen, zeigt diese Aussage eines FDP-Politikers: „Wenn Eltern ihre Kinder nicht fördern, soll ihnen der Regelsatz gekürzt werden, fordert der Berliner FDP-Chef Meyer. Vielen gehe



es offenbar nur um Geld vom Staat.“ Quelle: WELT u. nachdenkseiten

Anmerkung MB: „Zugegeben – der Berliner Landesverband der FDP ist einer der Kreativsten bei Sozialstaatsreformen. 2008 kam aus der Berliner FDP der Vorschlag, Bedürftige zum Ratten-Jagen zu schicken. Hier spreche ich sicher für eine Mehrheit der Nachdenkseiten-Leserinnen, wenn

ich formuliere: Schlechten FDP-Politikern möchten wir die Zahl ihrer Mandate kürzen. „

Solange Politiker, egal wo sie herkommen, solche diffamierenden Aussagen ungestraft sagen dürfen, ist unser Platz auf der Straße, um auf diese Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen.

Natürlich waren auf den Montagsdemos auch die AKWs im Gespräch und auch Bestandteil der vielen Reden. Das klare Bekenntnis zum sofortigen Ausstieg wurde immer wieder von allen Teilnehmern bekräftigt. Einige ältere Montagsdemonstranten waren schon in den Anfangsjahren gegen Atomkraft



aktiv. Der Ostermarsch in Müllheim hat bei den fast 400 Teilnehmern gezeigt, dass Frieden ohne Waffen nur ohne Atomkraft gelingen kann und muss. Die Atomkraftwerke sind der Wegbereiter für Atomwaffen.

Der sofortige Stopp ist die einzige Alternative, wenn wir unsere Erde nicht aufs Spiel setzen



wollen. Der Ostermarsch machte allen Anwesenden deutlich, wo wir in der Welt mit Waffengewalt unterwegs sind. Holt unsere Soldaten nach Hause, war nur eine der vielen Forderungen. Der Wahlsieg von Grün/Rot sorgte für Freude, aber auch die Fragen wurden laut: „Was nun“!



Stuttgart 21 wird ein wichtiger Gradmesser der grünen Politik sein. Es wird sich zeigen, was Wahlversprechen wert sind! Stuttgart 21 ist ein Milliarden - Grab, dass sofort beendet werden muss. Unsere Steuergelder können viel besser in Bildung oder in den Ausbau regionaler Verkehrsstrecken investiert werden.

Unser Protest und Kampf gegen die soziale Kälte und eine entsolidarisierte Gesellschaft wird in den nächsten Monaten Hauptthemen unserer Montagsdemonstrationen sein.

Kommt nach Rheinfelden!

Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im SAK (Altes Wasserwerk, beim Schwimmbad) Lörrach um 20:00 Uhr
- **Initiative Grundeinkommen** Lörrach trifft sich jeden 2. Freitag im Monat um 20:00 Uhr in der Kulturwerkstatt Lörrach Riesstraße, oder im „Nellie“
- **LISY** - Weil am Rhein lädt ein! Stammtisch immer am 3. Freitag im Monat um 19:00 Uhr, Restaurant "Delphi", Müllheimerstrasse 2 (gegenüber Kaufring)
- **1. Mai** - Kundgebung in Rheinfelden, 10:00 Uhr Kastanienpark